

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt

### Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

## Völkische Revolte in Ostpreußen.

### Unter Ludendorffs Führung.

Aus Deutsch-Eylau erhalten wir folgende Zuschrift:

Die Ostpreußenreise Ludendorffs wird für manchen noch ein unliebsames Nachspiel haben. Ludendorff war zuletzt bei Didenburg-Januschau. Am 4. September trat er dann seine Rückreise zu „schwerer Arbeit“, wie er sagte, an. Die Abreise vom Bahnhof Deutsch-Eylau wurde schnell bekannt. Die „Vaterländischen“ machten alles mobil. Obwohl Versammlungen unter freiem Himmel verboten sind, traten die Verbände zu Hunderten geschlossen an. Unter Rufen „Heil Ludendorff“ und auch „Heil Moskau“ fuhr der ehemalige Heerführer vor das Bahnhofgebäude. Reisende, die mit dem Zuge kamen, wurden angehalten und durften nicht in das Stadlinnere, weil Ludendorff vor dem Gebäude eine seiner inhaltslosen Reden hielt. Nach diesem „herrlichen Augenblick“ hieß es für die „Vaterländischen“ abzumarschieren. Die Schutzpolizei forderte auf, nicht in geschlossenen Formationen zu gehen. Man fühlte sich ob der Masse anfänglich stärker als die Polizei und kam der Aufforderung nicht nach. Es war völlig dunkel, so daß man die einzelnen Heiden, die fortwährend schrien: „Richt auflösen, weitermarschieren!“ nicht erkennen konnte. Einer der berittenen Polizeibeamten ritt dann zu der Spitze des Stahlhelms, um nochmals dem Führer den Auftrag zur Auflösung des Verbandes zu geben. Der Beamte wurde mit Rufen, wie: „Ihr Hunde, Spitzbubengesellschaft, Ebergarde“ usw. empfangen. Einer der Stahlhelmselben nahm Sand und warf damit den Beamten, traf auch das Pferd, welches bäumte und beim Bäumen in die Menge geriet. Bald kamen dem Beamten andere zu Hilfe, und nun gab es Drecksch mit dem neu eingeführten Gummi knüppel. Ein Wehrwolf-Bengel griff einem hinzukommenden Reiterpferd in die Zügel, so daß das Tier sich bäumte. Auch dieser Reiter geriet auf diese Weise in die Menge. Auf nochmalige Aufforderung, auseinanderzugehen, erhielt der Beamte wiederum eine Ladung Sand in die Augen, auf das Pferd wurde von hinten über die Kruppe eingehaust, so daß das Tier abermals scheute und in die Menge geriet. Die „Vaterländischen“ schlugen mit ihrer bekannten Waffe, Eisenknüttel, auf einzelne Beamte ein. Da war auch die Polizei gezwungen, um sich zu greifen. Studentrat, Amtsgerichtsrat, Hauptmann a. D. und noch andere wurden mit dem Gummi rabiert. Natürlich herrscht nun „in der breiten Bevölkerung“ größte Entrüstung. Man verlangt stürmisch die Bestrafung der Polizei (1), die prozessierend gewirkt haben soll. (1) Die Herrschaften aus den „Vaterländischen“ glauben sicher, die Schupo wäre nur gegen die Arbeiter da; denn als in der Inflationszeit die Teuerung derart anstach, daß die Arbeiter aus den Betrieben vor das Rathaus traten, um behördliches Eingreifen gegen die Teuerung zu fordern, da kam die berittene Polizei mit gezogenem Degen und jagte die Menge auseinander, natürlich unter dem Beifall der „Vaterländischen“. Heute, nachdem die Polizei in durchaus korrekter Weise einmal nach der anderen Seite gewirkt hat, ruft man nach Bestrafung.

Am Sonntag, den 14. d. M. war die Fahnenweihe des „Stahlhelms“ angelegt. Die „Vaterländischen“ boten, die Polizei möglichst von der Straße fernzuhalten, da die Erbitterung gegen die Beamten zu groß sei. Prompt kam man dem Verlangen nach und holte sich Landjäger. „Es ist alles in Ruhe verlaufen“, schreibt das „Westpreussische Tageblatt“. Gemiß ist das der Fall gewesen, aber man hat die auswärtigen Vereine auch im geschlossenen Zuge mit enthüllten Fahnen unter Gesang marschieren lassen. Auf dem Bahnhofs wurden dann die üblichen Abschiedsreden gehalten. Nach Durch die Wagensfenster aus dem Zuge hielt man die enthüllten Fahnen heraus. Der Führer des hiesigen Stahlhelms, ein Hauptmann a. D. und jetziger Zollbeamter Schwarz hielt bei der Feier die Begrüßungsansprache. Er trat mit wichtigster Miene für schwarzweißrot in aller Öffentlichkeit ein, trotz aller Edelleistung auf die Verhöhnung. Schwarz scheint überhaupt viel mehr im Stahlhelm als im Dienst zu wirken, denn wie kann ein Grenzbeamter fast täglich sich auf dem Parteibureau der Deutschnationalen aufhalten.

Schwarz trägt auch heute noch nicht die den Zollbeamten vorgeschriebene Uniform. Erst vor kurzer Zeit hat ein Regierungsrat den Zollbeamten das Tragen von Abzeichen, wie Stahlhelm und dergleichen auf der Uniform untersagt. Am Sonntag haben trotz des Verbots wieder vier Beamte den Stahlhelm auf der Uniform getragen. In Ostpreußen regieren die „Vaterländischen“. Nach unseren Beobachtungen werden wir hier bald Ueberraschungen erleben.

Die Zuschrift enthält unhaltbare Zustände. Von anderer Seite wird uns mitgeteilt, daß zur Begrüßung Ludendorffs die Schüler höherer Lehranstalten unter den schwersten PreSSIONsmitteln auf die Straße gezwungen wurden. Auf der Straße wurden die derart Gepöhlten zur Auflehnung gegen die Staatsgewalt aufgereizt. Das reisende Publikum wurde seiner Bewegungsfreiheit beraubt.

Dem Treiben der Halantkreuzer in Deutsch-Eylau muß schleunigst Einhalt geboten werden. Es ist ganz unverständlich, daß man diesem Gefindel nach den Vorfällen vom Ludendorfftag für die Fahnenweihe die Straße freigeben konnte. Auf diese Weise muß sich in der Bevölkerung die Vorstellung einnisten, daß es ein Leichtes sei, auf die Anordnungen der Staatsgewalt zu pfeifen, wenn man nur mit der nötigen Frechheit vorgeht. Das muß zur völligen Auflösung der Ordnung führen.

Die Freiheitsberaubung Reisender in Deutsch-Eylau infolge der Anwesenheit Ludendorffs erinnert an ähnliche Vorfälle in Weimar. Bohrhöfe sind kein Aufenthaltsort für Tumultuanten. Man wird verlangen müssen, daß künftig die Bahnhöfe für völlig überflüssige und verkehrshindere Huldigungen privater Persönlichkeiten gesperrt werden.

## Hennings Baderechnung.

### Völkisches aus Vortum.

Aus Emden wird uns geschrieben:

Vortum hat seinen neuen Stand. Natürlich wieder einen deutschvölkischen. Den Mittelpunkt bildet der Reichstagsabgeordnete Major a. D. Henning, der dort 6 Wochen zur Kur weilte und Erkleckliches in der Propagierung des nationalvölkischen Vortumliedes leistete. Es ist unbefannt, ob die hohe Baderdirektion darin ein besonderes Verdienst erblickte, jedenfalls gewährte sie dem deutschvölkischen Reichstagsabgeordneten die sonst nur Kurgien zukommenden Freibäder und wolle die Hälfte seiner Kurkosten auf Rechnung der Badefasse übernehmen. Die Gemeindef Kommission lehnte diese seltsame Zumutung natürlich ab. Große Aufregung in Vortum, und eines Tages war der deutschvölkische Reichstagsabgeordnete und Major a. D. verschwunden — ohne seine Rechnung beglichen zu haben. Der Besitzer des „Kaiserhofs“ sieht nun mit einer unbegreiflichen Rechnung von 607 M. 60, der deutschvölkische Kadapastror Münchmeyer lamentiert über Mangel an „nationaler Gesinnung“ und die Gemeindef Kommission stellt sich auf die Hinterbeine. Der Fall verdient in einer neuen Strophe des Vortumliedes besungen zu werden. Wer dichtet sie?

## Die Münchener Frontbannverhaftungen.

### Gewichtlicher Haftbefehl gegen fünf Ermittelte.

München, 20. September. (WZ.) Gegen die vor einigen Tagen verhafteten fünf Führer des nationalsozialistischen Frontringes, Oberleutnant Bräuner, Oberleutnant von Prosch, Hauptmann von Krauser, Leutnant Ohwald, mit Ausnahme von Dr. Meidling ist nunmehr nach Abschluß der polizeilichen Ermittlungen vom Gericht Haftbefehl erlassen worden. Auch gegen den neuerdings verhafteten Dr. Schramm liegt gerichtlicher Haftbefehl vor.

Eine weitere Resolution tritt dafür ein, daß alle ehemaligen Kriegsteilnehmer ihre Vereinigungen veranlassen, unverzüglich in Beziehungen zu ähnlichen Vereinigungen in den vormals feindlichen Ländern einzutreten, um „die heilige Sache der ehemaligen Kriegsteilnehmer, den Frieden, zu schützen“.

## Vor dem Rücktritt d'Abernons?

London, 20. September. (Eca.) Hier verbreitet sich erneut das Gerücht, daß sofort nach Inkraftsetzung der Londoner Beschlüsse der englische Botschafter in Berlin, Lord d'Abernon, zurücktreten werde. Im Foreign Office erklärt man, diese Nachricht nicht bestätigen zu können. Es wird jedoch, wie bereits bei früheren Gelegenheiten, darauf hingewiesen, daß Lord d'Abernon von vornherein nur für kurze Zeit nach Berlin zu gehen bereit war und daß der Ablauf dieser Zeit nun nahe sei.

## Der Bürgerkrieg in China.

### Japan „warnt“.

London, 20. September. (WZ.) „Times“ meldet aus Tokio, das japanische Kabinett habe am 18. die Lage in China erörtert. Angesichts der Unsicherheit der vorliegenden Nachrichten sei nur beschlossen worden, eine Warnung zu erlassen, daß eine energische Aktion unternommen würde, wenn Japaner in den drei östlichen Provinzen der Mandchurei belästigt werden, oder wenn sich unstatthafte chinesische Einflüsse in Korea geltend machen sollten.

## Es kracht im Gebälk.

### Mussolinis treueste Freunde rücken ab.

Rom, 18. September 1924.

Jeder Tag bringt neue Beweise dafür, daß nachgerade das Gefühl der Unhaltbarkeit der heutigen Situation in alle Kreise gedrungen ist. Selbst wenn aus dem Munde Mussolinis ganze Olivenhaine sprießen sollten, ist es zu spät, um auf diese Weise das Land der Normalität wieder zuzuführen. Die Erfahrungen, die wir in den Tagen nach der Ermordung des Abgeordneten Cafalini gemacht haben, haben deutlich gezeigt, daß die Scharen der Schwarzhemden ihrem Führer nicht parieren, wenn er zum Frieden redet.

Keinerlei Egzeß sollte die Trauer um Cafalini stören, so lautete die offizielle Order der faschistischen Autoritäten: wäre aber die öffentliche Ordnung, anstatt den Bajonetten der Soldaten und den Revolvern der Karabinieri der Parteidisziplin der Faschisten anvertraut geblieben, so sähe es heute in Italien anders aus. Denn am bösen Willen, die Parteidiskale und die Redaktionen der gesamten Opposition zu zerstören, hat es wahrhaftig nicht gefehlt. In Rom hat man nicht nur die Redaktionen des „Rondo“, der „Voce Repubblicana“ und des „Meridiano“ zu stürmen versucht, sondern auch die des „Giornale d'Italia“, das als Organ der Regierung verbündeten Liberalen nicht immer mit genügender Liebenswürdigkeit für Fußtritte qualifiziert. Weitere Objekte der faschistischen Sturmtruppen waren die Sitze des Parteivorstandes der liberalen Volkspartei, der sozialistischen Partei (Magimalisten) und der sozialistischen Einheitspartei, der Palast des Freimaurerordens, bei dessen Angriff faschistische Frauen mit dem Revolver in der Hand vordrangen, und des Zentralverbandes der italienischen Buchdrucker. Der Sitz der Einheitspartei sowie der der Magimalisten war nicht bewacht, so daß der Bandalismus sich durch Zerstören und Anzünden frei entfalten konnte. Aus den eben erst neu eingerichteten Lokalen der Einheitspartei wurden drei Bilder Giacomo Matteottis fortgeschleppt, die man dann auf der Piazza Colonna vernichtete, unter dem Gejohle der Einbrecher, die durch diese Tat offenbar ihren Kampfgeschäften Cafalini zu ehren glaubten.

Nach solchen Erfahrungen muß man zu dem Schluß kommen, daß die oratorische Olivenzweigfabrik der Firma Mussolini in ihren Erzeugnissen nicht mehr den Anforderungen der Stunde entspricht. Die Faschisten selbst haben sich den Anweisungen der Regierung zu Ehren nicht einen Radan verpagt (wir können nicht annehmen, daß sie noch mehr beabsichtigt hatten); wenn kein übergroßer Schaden angerichtet wurde, so ist es der Repression der Regierung zu verdanken, nicht der Disziplin der Faschisten. Wenn aber Mussolini seine Friedensreden nicht für diese bestimmt hat, wüthten wir nicht, warum er sie überhaupt hält. Viel friedfertiger als alles Reden erscheint uns die Maßnahme, die die für den 21. September angefügten Faschistenaufgebote in allen größeren Städten absagt. Das System, die Wildheit loszulassen, um sie dann kunstgerecht wieder einzufangen, hat den Beifall der öffentlichen Meinung nicht gefunden.

Dabei sprachen wir nicht nur von der öffentlichen Meinung, die unter dem Einfluß derer steht, aus denen morgen Lagerreden gemacht wird. Das Beängstigende ist die veränderte Haltung bisher dem Faschismus ergebenen Elemente. So hat die Vereinigung der Industrie, der Zentralverband der italienischen Großindustriellen, für den der Faschismus im wahrsten Wortsinne etwas „Teures“ ist, eine Druckchrift an die Regierung gefandt, in der gefordert wird: 1. Rückkehr zu Verfassung und Gesetzlichkeit im politischen Leben; 2. absolute gewerkschaftliche Organisationsfreiheit ohne parteipolitischen Zwang; Wiederherstellung der Pressefreiheit und des Versammlungsrechts als unentbehrliche Gewähr der friedlichen Entwicklung des nationalen Lebens; 3. tatsächliche Lösung des Problems der faschistischen Miliz als Vorbedingung jeder Rückkehr zu normalen Verhältnissen. Daß es eine „Lösung“ dieses Problems gäbe, die nicht mit der Abschaffung der Miliz zusammenfiel, gas glaubt natürlich auch die Vereinigung der Industrie nicht.

Von dieser Seite kommend, sind diese Forderungen ein bitterer Bissen, an dem die Regierung lange würgen dürfte. Man denke, daß nach dem sogenannten faschistischen Wahlsiege der Vertreter dieser Industrieverbände in der Kammer ausrief: Das ist unser Sieg! Man denke, daß noch unlängst Mussolini den Industriellen vorgerechnet hat, er habe ihnen ein Geschenk von 300 Millionen durch Nachsah rückständiger Steuern gemacht. Man vergegenwärtige sich, daß Mussolini tatsächlich für die Industriellen soviel getan, daß ihm „zu tun fast nichts mehr übrig bleibt“. Und nun dieser schnöde Unbarm! Den Unternehmern zu Liebe hat man die Arbeiter geknebelt, sie unter Bedrohung an Leib und Leben in die faschistischen Korporationen getrieben, hat ihnen das Streiken verboten und ihre Gewerkschaftsgelder unter Polizeiaufsicht gestellt, und nun fordern dieselben Unternehmer die verfassungsmäßigen Rechte als Gewähr der friedlichen Entwicklung und die Abschaffung der Miliz! Man könnte auf eine Strafexpedition gegen den Sitz des Verbandes der Industriellen oerfallen!

Will sich aber die Regierung damit trösten, daß sie ja in Wirklichkeit nie an das Heil der Unternehmer, sondern nur an das der Arbeiter gedacht hat, so stößt sie wieder auf den

## Deutschlands Beitritt zum Völkerbund.

### Private Verhandlungen im Völkerbundsekretariat.

Paris, 20. September. (Eca.) Die „Information“ behauptet in einer Genfer Meldung, daß in den letzten 24 Stunden im Sekretariat des Völkerbundes anlässlich der Zulassung Deutschlands private Verhandlungen stattgefunden hätten. In der Sitzung, welche die deutsche Reichsregierung am nächsten Dienstag in Berlin abhalte, werde das Kabinett über diese Verhandlungen unterrichtet werden, die man als eine neue Einladung an Deutschland betrachten könne. Es sei infolgedessen sehr gut möglich, daß die deutsche Regierung offiziell einen Antrag auf Eintritt stellen werde.

## Der Friedenskongreß für Deutschland.

London, 20. September. (WZ.) Der internationale demokratische Friedenskongreß nahm in seiner gestrigen Sitzung u. a. eine Entschlieung an, in der gesagt wird, es bestehe Gefahr, daß die Ausführung des Dawes-Berichts zu einer Verschlechterung des Lebensstandards der deutschen Arbeiter führen könne. Es sei notwendig, daß der Achtundentag in Deutschland aufrecht erhalten, daß der Lebensstandard der deutschen Arbeiter nicht herabgesetzt, und daß die Reparationsfrage von diesem Gesichtspunkt aus geprüft würde. Es wurde beschlossen, den Wortlaut der Entschlieung an Marx, Macdonald und Herriot zu telegraphieren.



schwärzesten Unfand. Gleich nach der Friedensrede in Neapel hat Mussolini eine Textilfabrik besichtigt, deren Arbeiterschaft man zur Vorsicht entfernt hatte, da sie bereits wiederholt Unzufriedenheit über die Bedingungen eines Abkommens geäußert hatte, die zwischen den Unternehmern und der faschistischen Korporation abgeschlossen worden war. Beim Verlassen der Fabrik erwartete den Präsidenten die Arbeiterschaft, die in sehr energischer Weise gegen den Beifall protestierten, mit dem eine Gruppe Faschisten Mussolini begrüßte. Besonders die Frauen waren so erbittert, daß man vier von ihnen verhaftete. Auch in Boggiorca haben die Arbeiter beim Verlassen der Fabrik feindliche Rufe gegen den Faschismus ertönen lassen, was die faschistische Miliz bewog, mehrere Revolvergeschosse abzugeben, die glücklicherweise niemand verletzten.

Während sich so die Zeichen häufen, daß man in allen Schichten des Landes des heutigen Regimes müde und übermüde ist, sucht die Regierung immer weiter nach Hausmitteln, um sich zu festigen, ohne das entscheidende Opfer der Abrüstung der Miliz zu bringen. Mussolini versucht, seinen alten Zauber auf die Menge auszuüben, indem er mit ihr, vom Balkon des Rathauses von Neapel, das folgende Zwiegespräch hält, bei dem die Menge durch ihr Brüllen den Chor darstellt: „Wem das Opfer“ — „Uns“ antwortet der Chor; „Wem der Ruhm?“ — „Uns“; „Wem Italien?“ — „Uns“. Darauf sagt der Heerführer „Amen“ und die Zeremonie schließt mit einem: Es lebe der König, es lebe Italien, es lebe der Faschismus! Aber diese Sachen ziehen um so weniger, je besser sie einstudiert sind.

Da für die Regierung auch die Sorge besteht, im Senat in der Minderheit zu bleiben, nachdem das vorige Vertrauensvotum unter der Bedingung gegeben worden war, daß das Ministerium die innere Lage normalisieren würde, wird jetzt für eine Massenzugabe zuverlässiger Elemente gesorgt. Am 20. September, dem Jahrestage des Sturzes der Papst-herrschaft, sollen 40 neue Senatoren ernannt werden. Wir glauben trotzdem, Mussolini wird nicht viel Freude am Senat erleben, wenn erst der Wind der öffentlichen Meinung entscheidend umgeschlagen hat. Als eine Reinkultur von Charakterfesten hat sich der italienische Senat nie bewährt.

All das entspannt die Situation nicht. Sogar die Börse reagiert heute auf die Unsicherheit der Lage, obwohl offenbar die internationale Finanz es sich angelegen sein läßt, der faschistischen Regierung keine Dornen auf den Weg zu streuen. Das Gefühl der Unhaltbarkeit der heutigen Lage, das sich mit jedem Tage weiter ausbreitet, kann dem Wirtschaftsleben des Landes nicht günstig sein. Dazu kommt die große Verteuerung der Lebensmittel, durch die man Abgabennachlässe zugunsten gewisser Kategorien ausgleichen muß. Um einer Abfahrtskrise der Weinbauer vorzubeugen, hat man die Verbrauchsabgabe vom Wein aufgehoben und dafür die Fabrikationssteuer für den Zucker von 300 auf 400 Lire pro Doppelzentner erhöht, den Einfuhrzoll für Kaffee von 1000 Lire auf 1200 für dieselbe Gewichtseinheit. Brotaufschläge haben wir schon im vorigen Monat gehabt. Ueber solche Symptome können die dekorativsten Zwiegespräche zwischen Imperator und Volk nicht wegtauschen.

### Hergt wird wieder teurer. Ein zurückgezogenes Angebot.

Alle Welt war gestern erstaunt über das billige Angebot, das die deutschnationale Partei gestern durch den „Lokal-Anzeiger“ machen ließ. Fortführung der bisherigen Außenpolitik, keine Notifizierung, Vertagung der Kriegsschuldfrage auf 50 Jahre, Eintritt in den Völkerbund, kein Wechsel im Kanzleramt, kein Wechsel im Außenministerium, nur „ein kleines Bißchen Liebe“ in Form einiger minder wertvoller Ministerposten.

Heute aber äußert sich dazu die „zuständige deutschnationale Seite“, und zwar — offenbar weil ihr die zuständige

deutschnationale Presse gesperret ist — in der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“. Das Stinnes-Blatt meldet also im Amtston:

Von zuständiger deutschnationaler Seite wird uns demgegenüber mitgeteilt, daß diese Darstellung wohl nur auf privaten, für die Partei nicht verbindlichen Informationen beruhe. Für die Partei kämen lediglich folgende zwei Gesichtspunkte in Betracht:

1. Solange das Kabinett nicht endgültig zur Kriegsschuldfrage Stellung genommen hat, erübrigen sich wohl neue Verhandlungen. Dieses Gefühl dürfte das Kabinett selbst haben, da von seiner Seite keine derartige neue Initiative ausgegangen ist.

2. Die Kabinettsfrage ist in gewisser Hinsicht durch die übereinstimmenden Erklärungen der Deutschen Volkspartei und des Zentrums nach dem 20. August getilgt. Die deutschnationale Volkspartei wird sich, sobald die Regierungsumbildung akut wird, natürlich an das halten, was damals nach allgemeiner Uebereinstimmung als Regierungsumbildung in Betracht kam.

Ueber Einzelfragen hält man es einfach deshalb für überflüssig sich zu äußern, weil keine neuen Verhandlungen im Gange sind. Lediglich in bezug auf die Stellung zum Völkerbund macht uns die führende deutschnationale Seite darauf aufmerksam, daß die hierauf bezüglichen Mitteilungen des Berliner Blattes außerordentlich unmaßstäblich seien. Die Frage eines deutschen Eintritts in den Völkerbund sei nach Ansicht der Deutschnationalen durchaus noch nicht gereift.

Die Erklärung der „zuständigen Seite“ vermeidet es sorgfältig, irgendeines der vielen Pförchen, die die Gefügigkeit des „Lokal-Anzeigers“ geöffnet hat, zuzuschlagen. Wenn sie aber von einer allgemeinen Uebereinstimmung am 20. August spricht, so wäre es doch wertvoll festzustellen, mit wem sich Herr Hergt in Uebereinstimmung befand, als er dem Reichskanzler Morg die vierwöchige Kündigung überreichen wollte.

Am 24. September, nachmittags 4 Uhr, tritt der Vorstand der Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei zusammen, um über die politische Lage zu beraten.

### Unbelehrbar.

#### Weltrevolution und Amnestie.

Die „Rote Fahne“ schreibt zu unseren letzten Ausführungen:

Wird die revolutionären Methoden der Kommunisten machen es den Sozialdemokraten unmöglich, für eine Amnestie einzutreten.

Wir hatten von einer „allgemeinen Amnestie“ gesprochen und zugleich gefragt, ob die KPD. ihre Methoden ändern wolle. Die „Rote Fahne“ antwortet darauf:

Das alte SPD-Organ weiß, daß uns der Pressegatte des Reichspräsidenten Ebert, die Art der Exekutive der Sozialdemokraten Richter und Seering daran hindern, auf seine Frage klar und unmissverständlich zu antworten.

In Rußland besteht heute weniger Pressefreiheit als unter dem Zaren, das heißt überhaupt keine. In Deutschland ist das Maß der Pressefreiheit durch Gesetze und Verordnungen bestimmt, für die Parlamentsmehrheit und Regierung die Verantwortung tragen. Beamte, gleichviel ob sie Sozialdemokraten sind oder nicht, müssen die Gesetze zur Ausführung bringen. Die „Rote Fahne“ stellt fest, daß sie durch den bestehenden Zustand gehindert ist, die Antwort zu geben, die sie gern geben möchte; der Grad ihrer revolutionären Energie wird also von der Angst vor einem Verbot bestimmt.

Wer sich so schwach fühlt, handelt unklug, wenn er an die Gewalt appelliert. Die „Rote Fahne“ fährt fort:

Aber soviel wissen wir. Kein ehrlicher Arbeiter wird sein Eintreten für die proletarischen politischen Gefangenen dann abhängig machen, daß die kommunistische Partei mit dem heutigen Staat der Bourgeoisie Burgfrieden schließt.

Niemand verlangt, daß die KPD. mit dem Staat der Bourgeoisie „Burgfrieden“ schließt, aber jeder vernünftige Arbeiter hat längst erkannt, daß die Politik der KPD. darauf hinausläuft, alle zweckmäßigen Kampfmethoden der Arbeiterklasse zu sabotieren und die Stellung der Bourgeoisie zu stärken. Damit erledigt sich auch die altbekannte Redensart, daß die Sozialdemokraten „Verteidiger des kapitalistischen Zuchthausstaates“ seien. Die „Rote Fahne“ fährt fort:

Wollte sie für die Befreiung der Arbeiterklasse aus dem fürchterlichsten kapitalistischen Elend kämpfen, sind unsere Brüder heute hinter jenen Mauern.

Die Unglücklichen, die die „Rote Fahne“ je nach Bedarf entweder als Brüder preist oder als Spießel beschimpft, haben leider ganz überflüssige Opfer gebracht, und für die Befreiung der Arbeiterklasse nicht das geringste geleistet. Das ist eben die Tragik ihres Schicksals, in das sie die KPD. hineingeht hat! Wer zum Beispiel glaubt, man könne die Arbeiterklasse befreien und den Kapitalismus besiegen, indem man Schulgelehrte überfällt und entwaftet, der hat vom Wesen des proletarischen Kampfes überhaupt noch nichts begriffen.

Der Verzicht auf solchen Überwitz ist kein „Kriechen und Unterwerfen“, gegen das sich die „Rote Fahne“ pathetisch verwahrt. Wenn sie weiter vom „Druck der Massen“ spricht, der die Freilassung der Gefangenen erzwingen müsse, so meinen wir, der „Druck der Massen“ muß zunächst die Kommunisten zur Vernunft zwingen, dann wird auch die Befreiung derer sehr leicht sein, die die Opfer einer beklagenswerten Unvernunft geworden sind.

### Großhandelstag. Eine Rede Hamm.

Der Zentralverband des deutschen Großhandels hielt heute im Sitzungssaal des vorläufigen Reichswirtschaftsrates seine Tagung ab. Nach einer Begrüßungsansprache des Vorsitzenden, Kommerzienrat Kanen, überbrachte Wirtschaftsminister Hamm die Grüße der Reichsregierung und gab in einem längeren Referat die Begründung der Regierungspolitik während der Stabilisierungsperiode. Er verteidigte die Wirtschafts- und die Steuerpolitik der Reichsregierung und legte besonderen Wert auf die Feststellung, daß die Preisabbaution im Gange sei, daß die zunächst in Aussicht genommene Herabsetzung der Umsatzsteuer nur eine vorläufige sei. Im Laufe seines Referates teilte Wirtschaftsminister Hamm u. a. mit, daß Verhandlungen über den Abbau der Devisengenerale schweben, die jetzt nach der Sicherstellung der Währung überflüssig geworden seien. Die Verhandlungen sollen beschleunigt werden. Hamm betonte, daß für die Inflationsgewohnheiten im Kartellwesen heute kein Raum mehr sei. Die Passivität der Außenhandelsbilanz sei in den letzten Monaten geschwunden; im August habe sich die Einfuhr aus dem Ausland wesentlich gemindert, insbesondere die Rohstoffeinfuhr sei zurückgegangen. Dabur ergab sich eine Aktivität der Handelsbilanz von 120 bis 140 Millionen Goldmark. Hamm polemisierte gegen die Behauptung, daß Deutschland jetzt ein soziales Dumping treiben wolle, und wandte sich weiter dagegen, daß das Reparationsprogramm mit der Frage des deutsch-französischen Handelsvertrages vermischt werde. Er wünschte, daß der „Schlagwortkampf“ von Schutzoll und Freihandel dem deutschen Volke erspart bleibe und setzte sich mit allgemeinen Bemerkungen auch für die landwirtschaftliche Schutzollpolitik ein.

Handelsminister Eiering betonte, daß das Leitmotiv der Verhandlungen das Gemeinwohl sein müsse. Darauf hielt Ministerialdirektor v. Stockhammern ein eingehendes Referat über die deutsche Handelspolitik.

Auf dem Kongress gegen Mädchenhandel, der in Graz tagt, kam es anlässlich der Rede des deutschen Delegierten Geh. Reg. Rats Jung über die auf Befehl der Besatzungsbehörden im besetzten Gebiet ins Leben gerufenen öffentlichen Häuser zu Auseinandersetzungen mit den französischen und belgischen Delegierten.

### Glückstraße 62a...

Von Johannes Berthold.

Den Antrag auf Zuweisung einer Wohnung hatte der Expedient Franz Kluge schon zwei Jahre laufen. Er war Vater von zwei Kindern.

Seine Frau war in der vergeblichen Hoffnung auf eine Wohnung fast krank geworden. Berthold stand sie jetzt in der schmaleren Dachkammer zwischen Bett und Kinderkorb und hielt die amtliche Zuweisungskarte unglücklich in den Händen.

Eine Anweisung für eine Wohnung...?

„Ach, wie oft war sie schon bitter enttäuscht in ihre enge Dachkammer wieder zurückgekehrt! Noch fast einem Jahr des Wartens und Drängens war die erste Zuweisung eingegangen. Vermietet —! hieß es, als man dann in heimlicher Freude mit der Karte in der Hand die betreffende Wohnung ansehen wollte. Und das wiederholte sich! Einige Hauswirte weigerten sich auch, die Familie mit zwei Kindern aufzunehmen. Es wechselte ab mit Wohnungen, die so schlecht waren, daß man verbittert in dem engen Dachstübchen blieb. Die schwachen Nerven griff es furchtbar an. Aber die erste Stunde eines Umzuges wollte nicht schlingen —

Diesmal muß es sein!

Blühhlich kam der Frau der Gedanke. Im Augenblick vergaß sie alle Enttäuschungen. In freudiger Eile klebete sie die Kinder an. Der Mann wartete...

Glückstraße 62a... Das Viertel lag außerhalb der Stadt. Die Straßenbahn fuhr sehr lange, und dann mußte man noch ein Stück laufen.

Mit den Kindern kam man etwas abgehakt in die Straße. 62a... Das Haus schien fast am Ende zu liegen, dort, wo die neuen Häuser angingen. Mit klopfendem Herzen lief man die Hausnummer ab. Da — man traute seinen Augen kaum: es war ein neues Haus!

Witzlich — die Hausnummer stimmte.

Vorsichtig trat man in das Haus. Hier wurde noch gearbeitet. Die Handwerker bestätigten, daß die Zuweisung kein Irrtum sei. Und man erfuhr auch:

„Der Vermieter ist im Keller. Er hat die Vergebung der Wohnungen in den Händen...“

Entschlossen rief der Mann Knob. Der Vermieter kam sofort herauf.

„Sie kommen vom Wohnungsamt?“

„Ja, Herr...“

Der Vermieter nahm die Zuweisungskarte in Empfang.

„62a, links“ — las er laut. „Das stimmt. — Die Wohnung ist noch nicht vergeben.“ fügte er hinzu.

Franz Kluge hörte es mit seiner Frau. In ihrer Brust lebte eine unerwartete Freude.

Der Vermieter schickte sich an, ihnen die Wohnung zu zeigen. Dabei sagte er:

„Wissen Sie schon, was die Wohnung kostet?“

„Ach, die Miete —!“

„Nein.“ — antwortete man bekommen.

„650 Mark jährlich...“

„Sechshundert —“

Mann und Frau sahen sich an. Der Vermieter blieb auf der Treppe stehen. Er verstand das betretene Schweigen.

„Die Miete ist Ihnen zu hoch“ — sagte er.

„Ja, der Verdienst langt dazu nicht.“ entschuldigte sich der Mann. Aber der Vermieter grüßte rasch und verschwand.

Noch einen Augenblick stand Franz Kluge mit seiner Frau wie ratlos auf den neuen Treppentufen.

„Komm nur —“ sprach er, sich bestrennend, zu seiner Frau.

Man trat still aus dem Haus. Aber zu Hause hat die Frau geweint...

### Verwandlung eines Kolibris in eine Libelle.

Renaissance-Theater.

Gemeingut des deutschen Theatervolkes ist seit langem das Märchen vom Regierungsrat Hagedorn, der eine Stütze der strammsten Moral war und von seinem Hamburger Beiter Hebered ein öffentliches Haus mit, sage und schreibe, 200 000 Mark Jahreserträgen erbte. Als sich Hagedorn nach erschütterndem Gewissenskampf zu der Erkenntnis durchgerungen hatte, daß seine Reizen und eine luxuriöse Rentierexistenz erträglich wären, entpuppte sich der kategorische Imperativ der Pflicht als ein sehr niedliches Kästlein: das öffentliche Haus Kolibri ist gar nicht das, was alle dachten, es ist ein höchst reputierlicher und trotzdem sehr einträglicher Bughalon. — Die Einfalt dieser hübschen Tischleinbeckig-Geschichte packte ihrem Erfinder Hans N. Rehfisch nicht mehr. Er verwandelte das Haus Kolibri in ein Haus Libelle und veränderte den Sinn seiner Komödie auch insofern, als er dem Regierungsrat Hagedorn und seinen werten Angehörigen ein bedeutend vertieftes Seelenleben verlieh. Hagedorn wird durch das regelrechte Studium des öffentlichen Hauses, von dessen ursprünglicher Bestimmung diesmal nichts weggeschminkt ist, ein geradezu potenter Keel und Wellenbrecher gegen die Ueberstimmung der Menschlein durch das Phylisterium. Er quitiert mit Hü und Hott den republikanischen Dienst, den er ungefähr kaiserlich-königlich ausübt, um ganz von vorn mit der Weltordnung anzufangen. Und auch seine Gattin Agnes müht Morgenluft. Es steht ein Jugendfreund bereit. Auch Fräulein Ottilie Hagedorn entschließt sich zu einem neuen Leben, indem sie den alten Verlobten den Laufpaß gibt. Auf all dieses Umklappen und plötzliche Hinüberwippen in die Zukunft, nach all der schelmig-schönen Vergangenheit wird mächtig geprotestet.

Auch in dieser so erneuten Märchen- und Erbchaftskomödie liegt zweifellos eine Menge Humor. Der Humorist kann vorläufig noch mehr als der Moralist. Wenn der alte Reptain Sidesond ut Hamburg anruft, um die Kunde von der Erbchaft zu bringen, wenn

schließlich der Hausfreund erzählt, wie der bekehrte Hagedorn in Hamburg sein ererbtes Haus besichtigt, so ist das besser Schwanf. Darüber hinaus kann auch nicht der fettigste Possenreißer. Dann aber das Heimschiden der verschimmelten Ideale! Da hepert es. Es ist leichter, Spottvogel gegen die alte Moral zu sein, als Baummeister der neuen. Schwanzfingern sind vielleicht bequemer zu zimmern als Erbauungshyphen.

Rehfisch führte selber Regie. Die Herren Hilperl, Gafner, v. Twardowski, Roderow und die Fräulein Förster und Kinkow — da hatte der Zufall zusammengebracht und nicht jene Kultur, ohne die alle Schauspielereinfamilienzüge unmöglich ist, und so arbeitete jeder einzelne seine Rolle nur wie ein Provisorium ab, dem er schnell ent schlüpfen möchte.

Das Ende des „Aida“-Gastspiels. Die mit so großen Erwartungen in Szene geführte Stagione unter Leitung Mascognis ist, trotzdem bereits eine erste Sanierung versucht worden, nunmehr doch zusammengebrochen und hat damit daselbst das Schicksal erlitten wie in Wien. Die geschäftlichen Hintergründe des Unternehmens, die zudem ziemlich kompliziert zu sein scheinen, interessieren uns hier nicht. Die ganze Veranstaltung war, gelinde gesagt, mangelhaft. Die Zahlungskraft des von der ganzen Welt ausgepowerten Deutschland war lächerlich überschätzt worden. Man hatte sich wohl durch die Auslandsreisen der angereicherteren Deutschen dazu verfahren lassen. Die Eintrittspreise die bei dem großen Apparat und den vielen beteiligten Haken erforderlich wurden, waren unerträglich hoch. Die Zugkraft Mascognis wurde viel zu hoch angelegt. Und schließlich ist Berlin nicht Chicago. So amerikanisch sind wir denn doch noch nicht, daß wir große Zahlen mit Kunstspielen vermehren. Verdoppelter Dreifelder, verschönerter Chor, echte Kameln im Festzuge und was dergleichen mehr war, ließ die Berliner kost, die hier sehr gute „Aida“-Aufführungen zu mäßigen Preisen gewohnt sind. Was die Aufführung in der ungemäßigten Automobildhalle mehr bot, die Massenschau des prunkenden Festzuges, ist für die Musikliebhaber unweiblich, und ist billiger und bequemer im Kino zu genießen.

So blieben die Plätze leer und die Weiße war der letzte Gast. Es interessiert uns wenig, wenn kaufmännische Spekulationen — und das war das „Aida“-Gastspiel — scheitern. Aber schade ist es um die vergeudete künstlerische Kraft, schade um den Ruf Mascognis, schade um die betrogenen Hoffnungen der Künstler. Daß dem Eingreifen der Bühnengenossenschaft scheitern wenigstens die Forderungen ihrer Mitglieder durch die hinterlegte Kautions gesichert. Aber wie steht's mit den anderen?

Weg dieses „Aida“-Beispiel als Warnung für künftige Fälle dienen. Wir haben zwar eine gute Währung, aber wir sind schrecklich arm. Das Wenige aber, das uns bleibt, wollen wir nicht für amerikanische Genüsse verpulvern.

Italien-Vorläge. Theater. 21. 22. 5 u 7 Uhr: „Sadamirita“, 21. 22. 27. 28. „Mit Berlin“, 22.—28. (zu verschied. Zeiten); „Die Gefahren der Berge“, 24. 7 Uhr: „Der Mars“. — Kleiner Saal. 21.—23. „Die Geschlechtskrankheiten“ (5 Uhr für Frauen, 7 Uhr für Männer). 22.—29. 9 Uhr: „Werben des Menschen“, 24.—28. (versh. Zeiten): „Von Hamburg nach New York“.



## Das preussische Porzellan.

### Vor dem Abschluß der Ausschlußverhandlungen.

Die Verhandlungen des preussischen Untersuchungsausschusses über die Vorgänge in der Porzellanmanufaktur nähern sich ihrem Ende. Die Deutschnationalen wollen natürlich über den sozialdemokratischen Handelsminister den Stab brechen und haben einen dementsprechenden Antrag eingebracht. Die Volkspartei will ihnen halb auf diesem Wege folgen. Die Zentrumsmitglieder des Ausschusses haben hingegen einen Antrag vorgelegt, der feststellt, daß durch die Berufung eines neuen Leiters der Manufaktur durch Minister Siebering zwar eine Verletzung des Staatsrechts erfolgte, daß aber das kein Beweis für die Absichtlichkeit sei. Im übrigen will der Antrag feststellen, daß durch die Berufung des neuen Leiters keinerlei Schäden für die Manufaktur entstanden sei. Worum sich die ganze große Aktion in Wirklichkeit drehte, das hebt treffend die „Germania“ hervor:

„Der Kampf um Dr. Schneider hat insofern eine grundsätzliche Bedeutung und verdient insbesondere in Zentrumskreisen weitgehende Beachtung, als er gleichzeitig einen Kampf um die Verwaltung in Preußen darstellt. Die Verhandlungen haben bis zur Evidenz ergeben, daß es der Geist des alten Beamtenrechts war, der mit allen Mitteln vertheidigt wurde, daß in diesem festgeschlossenen Weltanschauung und politisch im wesentlichen bestimmten Kreis anders geartete Elemente hinstudieren. Noch immer kann man es in diesen Kreisen nicht verstehen, daß die Erhebung der Macht im parlamentarisch-regierten und demokratischen Staate auch gleichzeitig die Durchsetzung des alten konservativen Beamtenrechts mit neuen Kräften bedeutet. Dieser Kampf wird die nächste Zukunft in stärkstem Maße beherrschen, aber der Fall der Porzellanmanufaktur erweist auch, daß die Entschiedenheit von ehemals, wozu auch die Katholiken zu rechnen sind, nicht ruhen und raffen dürfen, bis sie den ihnen zustehenden Teil sich gesichert haben. Nur die Durchsetzung des alten und doch recht reformbedürftigen Geistes des preussischen Beamtenrechts mit den bewährten neuen Kräften der Demokratie bedeutet eine Durchsicherung, die gleichzeitig eine Bereicherung des Gesamtbeamtenrechts an neuen Fähigkeiten darstellt.“

Das scheint uns wirklich den Kern der Dinge zu treffen. Und es ändert sich nichts daran durch die Tatsache, daß der frühere demokratische Handelsminister Fischel über den alten Beamtengeist seine schützenden Hände hält.

## Konferenz der Schlichter.

Dresden, 20. September. (W.Z.) Die staatlichen Schlichter der 20 Schlichtungsbezirke des Reiches trafen heute auf Einladung des Reichsarbeitsministeriums zu einer zweitägigen Besprechung in Dresden zusammen. Die Besprechung soll laut „Dresdner Nachrichten“ dazu dienen, unter den Schlichtern einen gründlichen Meinungsaustausch herbeizuführen; insbesondere hinsichtlich der Frage, inwieweit sich die neue Schlichtungsverordnung vom 13. Oktober 1923 in der Praxis bewährt habe.

## Der Fall Leinert.

### Ein neuer Beschluß der Parteileitung in Hannover.

Hannover, 20. September. (Eigener Drahtbericht.) Der hannoversche Parteivorstand nahm zum Fall Leinert neuerdings Stellung und veröffentlicht folgende Erklärung:

„Der Ortsvorstand der Sozialdemokratischen Partei in Hannover nahm auf Wunsch des Genossen Leinert in seinen Sitzungen vom 17. und 18. September Kenntnis von seiner mündlichen Erklärung, daß er sich bei dem Abschluß seines Vertrages mit dem „Ordnungsblock“ in einer seine frühere Ueberzeugung stark beeinträchtigenden Aufregung befunden habe, die durch die erbärmlichen Angriffe und Drohungen des „Ordnungsblocks“ hervorgerufen sei. Trotz dieser Erklärung, die angeht, die Tat des Genossen Leinert in einem milderen Lichte erscheinen zu lassen, hält der Vorstand seine bereits am 9. September von den Abteilungsleitern und der sozialdemokratischen Parteifraktion einstimmig gebilligte und bereits veröffentlichte Erklärung im vollen Umfange aufrecht.“

Leinert ist inzwischen auf 6 Wochen von seinem Amte beurlaubt worden. Er ist bereits in ein Sanatorium abgereist.

## Die letzte Kontrolle.

### Das bisherige Resultat.

Amlich wird berichtet: Nachdem mit dieser Woche die Erhebungen sämtlicher Truppen beendet sind, beginnen die Besuche der interalliierten Militärkontrollkommission bei der Truppe am Montag, den 22. September. Es werden im Laufe der kommenden Woche mehrere Truppenteile, u. a. in Schlesien und Brandenburg und das Reichswehrministerium besucht werden. Seit Beginn der Generalinspektion am 8. September 1924 sind von der interalliierten Militärkontrollkommission u. a. besucht worden: 1. sämtliche sieben Wehrkreisverwaltungsämter, 2. die Polizeibehörden in allen größeren Städten, 3. einige Zeugämter und die Festung Küstrin, 4. eine größere Anzahl von Fabriken der früheren Kriegsindustrie, 5. die Motorenfabrik in Kiel und Wilhelmshaven. Die Kontrollmaßnahmen der interalliierten Entwaffnungskommission haben sich bisher ohne Reibungen vollzogen.

## Die Erzbergermörder und ihre Beschützer.

### Ein neuer Trick zugunsten der Mörder.

Budapest, 20. September. (U.) Die Versuche, die Mörder Erzbergers vor einer Bestrafung zu bewahren, erweitern sich zu dem Bestreben, das Strafverfahren vor einem ungarischen Gerichtshof stattfinden zu lassen. Nach dem ungarischen Strafrecht kann ein Verbrechen, das im Ausland vor einem Ausländer verübt worden ist, auch vor einem ungarischen Gericht verhandelt werden. Eine solche Verhandlung findet nur mit Wissen des Justizministers statt. Wenn der Justizminister die Auslieferung der Erzberger-Mörder verweigern sollte, hat er darüber zu entscheiden, ob die Ermordung Erzbergers vor einem ungarischen Gericht verhandelt werden soll oder nicht.

In der Auslieferungsangelegenheit des Erzberger-Mörders Schulz sind der Staatsanwaltschaft gestern die Akten vom Auslieferungsenot übermittelt worden. Die deutsche Gesandtschaft hat der Staatsanwaltschaft ein großes Beweismaterial zur Verfügung gestellt, das sich auf die Ermordung Erzbergers und auf die Mörder selbst bezieht. Die Staatsanwaltschaft prüft diese Akten, die als Grundlage des Auslieferungsantrages dienen.

## England zur Abrüstungsfrage.

### Eine Erklärung Macdonalds bevorstehend.

London, 20. September. (W.Z.) „Daily Mail“ zufolge ist heute eine Erklärung Macdonalds über die Haltung der britischen Regierung in der Frage der Abrüstung und der Sanktionen zu erwarten. Sie werde sich insbesondere auf die in Genf gemachten Vorschläge betreffend Verwendung der britischen Flotte beziehen.

## Zuerst die Personalien!

In einem Berliner Mittagsblatt schildert ein Herr die Eindrücke, die er erhielt, als er von einem schweren Automobil überfahren worden war. Die Räder des Wagens waren ihm nacheinander über den Körper gegangen. Dennoch konnte er, voll bei Sinnes, sich erheben und einige Schritte weit gehen. Das erste, was er vernahm, war, daß der Chauffeur, während auf ihn, den soeben Ueberfahrenen, losgeschimpfte. Dann ging der Ueberfahrene zur nächsten Hausmauer und lehnte sich daran. Ein Schuppensoldat kam und — fragte ihn nach Namen und Wohnung. Der Gefragte gab Antwort und hat den Beamten, ihn zur Rettungswache bringen zu lassen. Ein Rettungswagen kam und der Heilgehilfe fragte den Ueberfahrenen — nach Namen und Adresse. Der schwer Verletzte, denn daß er das war, stellte sich später heraus, gab mühsam zum zweitenmal Auskunft. Dann wurde er ins Krankenhaus geschafft. Und im Krankenhaus angekommen mußte er, auf der Trogbahre liegend, zum drittenmal seine Personalien angeben. Jetzt aber war, so berichtet der Verunglückte, der Druck auf meiner Brust so stark, daß ich mein Alter von 40 Jahren nur mehr durch viermaliges Hochheben meiner beiden Hände andeuten konnte. Offenbar sich hier nicht die ganze Tragik unseres Bürokratismus? Zuerst kommen die Personalien und dann erst der leidende Mensch. Ordnung muß sein! Die Beamten taten ihre Pflicht als Beamten. Sie tun es immer noch den für solche und ähnliche Fälle vorgeschriebenen Instruktionen. Jeder weiß genau, was er zu tun hat, denn der Zivillist hat doch wohl keine Ahnung, was es heißt, wegen Nichtbeachtung eines Paragrafen von dem Vorgeleiteten angeklagt zu werden. Daß der Krankenwärter sich das Notwendige vom Schupo und der Krankenhausbeamte wieder vom Krankenwärter zuflüsten lassen konnte, an die Möglichkeit dieser Reihenfolge hatten die Helfer offenbar nicht gedacht. Das steht wohl auch nicht im Reglement.

Die Personalien werden aber in Zukunft in Berlin wieder eine erhöhte Bedeutung haben. Man bereite sich getroßt darauf vor. Am 1. Oktober treten neue polizeiliche Meldvorschriften in Kraft. Man wundert sich, warum sich die Polizei, die doch auch abgebaut worden ist, so viel Arbeit mit dem Anmelden aufbürdet. Aber das soll wohl die neue Ordnung sein, die die alte noch übertrumpft.

## Mietefreie Wohnungen.

### Auch ein Mittel zur Hebung der Wohnungsnot.

Vor ein paar Monaten sind in Groß-Berlin mehrere Sausgenossenschaften G. m. b. H. entstanden, die über ein nicht unbeträchtliches Kapital verfügen müssen, denn sie sind so menschenfreundlich und vergeben Wohnungen vollständig mietfrei. Mit dieser Menschenfreundlichkeit ist das allerdings, wie es bei Kapitalisten stets der Fall zu sein pflegt, eine eigene Angelegenheit. Also zunächst mal, die Sausgenossenschaften errichten große Häuser, in den meisten Fällen ohne Hintergebäude, in denen sich Wohnungen von zwei, drei und vier Zimmern befinden. Diese Wohnungen nun, von denen ein großer Teil bereits zum 1. April 1925 bezogen werden kann, werden mietfrei abgegeben. Aber man muß die Wohnungen kaufen, und der Käufer erwirbt damit einen Anteil am Haus. Von diesen Wohnungen kostet jedes Zimmer die Kleinigkeit von 1600 Mark. Hat jemand eine solche Wohnung gekauft, so zahlt er also keine Miete, ist aber im übrigen von weiteren Verpflichtungen und Zahlungen nicht befreit. Da er durch den Hauskauf Miteigentümer des Hauses geworden ist, muß er später, je nach der Größe seines Hausanteils, das heißt also: je nach der Größe seiner Wohnung, die Kosten für Kanalisation, Müllabfuhr, Entwässerung, Wassergelch, Hausbeleuchtung, Schornsteinfegergebühren, Versicherung und eventuell notwendige Hausreparaturen aufbringen. Rechnet man alles dieses zusammen so kommt ein harrender hoher Preis für die einzelne Wohnung heraus, und es währt eine unbillig lange Zeit, bevor diese großen Summen sich verginst haben.

Indessen uns kann es ja nicht weiter kümmern, was der bemittelte Mann mit seinem Geld macht und zu welchen Anschaffungen er es benutzt, wenn man sich auch füglich wundern muß, daß in dieser Zeit der Geldknappheit so große Summen für eine doch immerhin zweifelhafte Sache ausgebracht werden können, und man sich noch mehr darüber wundern muß, daß auch Inhaber von Zweizimmerwohnungen — im allgemeinen pflegen doch reiche Leute nicht in eine Zweizimmerwohnung zu ziehen — zu diesen Ausgaben imstande sind. Was uns dabei interessiert und was auch das preussische Wohlfahrtsministerium interessieren möchte, ist der Umstand, daß durch diese Methoden, Wohnungen zu erbauen und zu verschaffen, die Allgemeinheit geschädigt wird. Diese Häuser und diese Wohnungen gehen natürlich demjenigen Wohnungsbedürftigen verloren, der diese horrenden Summen nicht zahlen kann, und das Terrain, auf dem diese Häuser erbaut sind, ist ebenfalls dem Unbemittelten für immer verloren. Auf dem Gebiet der immer noch katastrophal großen Wohnungsnot machen sich mit anderen Worten neue kapitalistische Methoden geltend, gegen die der Staat einschreiten möchte, bevor die Erbauung derartiger mietfreien Wohnungen überhand nimmt und dem Unbemittelten die Möglichkeit, zu einer Wohnung zu kommen, immer mehr einengt.

Aber noch ein anderes und Bedenkliches kommt hinzu, und das ist die Frage nach der Rechtsgültigkeit derartiger Wohnungskäufe, wenn die Wohnungswirtschaft aufgehoben ist. Stirbt der Inhaber einer solchen gekauften Wohnung, ist es fraglich, ob sein Erbe und Rechtsnachfolger, der diese Wohnung nicht bezahlen kann oder will, von einem anderen Reflektanten auf die Wohnung ebenfalls den Kaufpreis mit den Unkosten verlangen kann, den einst der verstorbene Wohnungsinhaber hat bezahlen müssen. Auch diese Frage aber vom Gericht bejaht werden, dann ergibt sich daraus eine schwere Beeinträchtigung der Freizügigkeit nach Aushebung der Zwangswirtschaft. Dieses interessiert aber auch den „kleinen Mann“, weil sich, wie bereits erwähnt, unter diesen Wohnungen auch Zweizimmerwohnungen befinden!

## Die Blumenhalle bleibt!

Wir haben wiederholt über den Streit zwischen der Inhaberin der Blumenhalle am Potsdamer Platz, Frau Peters, und dem Eisenbahnministerium berichtet. Die Eisenbahnverwaltung hatte erklärt, Frau Peters müsse die Halle räumen, weil die Halle den Verkehr hindere. In Wahrheit aber wollte der Eisenbahnminister Frau Peters herausdrücken, um ein anderes Geschäft, dessen Inhaber bedeutend höhere Pacht zahlen kann, hineinzuleiten. Alle Angebote der Frau Peters auf höhere Pacht, oder auf einen neuen Verkaufsstand an der Zufahrtstraße zum Potsdamer Ringbahnhof, an der inzwischen eine Reihe von Läden entstanden sind, lehnte der Fiskus brüsk ab, hat aber Frau Peters einen Blumenladen auf dem Bahnhof Stahnsdorf an, wo sich jedoch bereits ein Blumengeschäft befindet. Dieses Vorgehen gegen Frau Peters war besonders rigoros, weil die alte Frau, die seit Jahren gelähmt ist, und deren Mann sich in einer Anstalt befindet, schwer um ihre Existenz ringen muß. Nun ist der Streit, wie wir hören, geschlichtet. Die Blumenhalle bleibt, man auch nicht an der jetzigen Stelle, so doch ganz in der Nähe. Auf dem Bahnsteig des Potsdamer Ringbahnhofs, mit dem Zugang von dem Platz vor dem Potsdamer Ringbahnhof, wird vom Fiskus für Frau Peters eine neue Blumenhalle errichtet, die sie zum 1. Oktober beziehen kann. Aber dieses Entgegenkommen der Eisenbahnverwaltung gegen eine alte und fränke Frau ist doch nur ein sehr bedingtes. Frau Peters muß nämlich die Kosten des Projektes, den sie mit dem Fiskus geführt, und die Kosten des Umbaus der Blumenhalle

bezahlen. Dieses bedeutet natürlich eine schwere Belastung für Frau Peters, und es ist sehr fraglich, ob das Geschäft diese Unkosten tragen kann.

## Politische Plakate verboten!

### Eine bemerkenswerte Entscheidung des Kammergerichts.

Die Kommunisten F. und Genossen hatten in Göttingen Plakate politischen Inhalts in verschiedenen Straßen an Häuser usw. angeklebt und waren auf Grund des alten preussischen Preßgesetzes vom 12. Mai 1851, das dieses als längst beseitigt angesehen wird, zur Verantwortung gezogen worden. Das Amtsgericht erachtete aber die Angeklagten für schuldig und verurteilte sie zu erheblichen Geldstrafen. Diese Entscheidung wurde im vollen Umfange beim Kammergericht angefochten, welches aber die Revision als unbegründet zurückwies und u. a. ausführte, die §§ 9, 10 und 41 des alten preussischen Preßgesetzes, betreffend das Plakatieren, seien weder durch das Reichspräsidenten noch durch Artikel 118 der neuen Reichsverfassung aufgehoben worden. Nach Artikel 118 der Reichsverfassung dürfe jeder Deutsche in den Schranken der allgemeinen Gesetze seine Meinung durch Wort, Druck, Schrift oder Bild frei äußern. Da die allgemeinen Gesetze nicht aufgehoben seien, so bestünden die §§ 9, 10 und 41 des preussischen Preßgesetzes nach wie vor zu Recht. Aus § 9 des preussischen Preßgesetzes war daher zu folgern, daß politische Plakate überhaupt nicht gestattet sind. Diese Entscheidung des Kammergerichts scheint geeignet zu sein, eher Verwirrung als Klarheit zu schaffen.

## Wer sind die Toten.

In der Friedrichshagener Forst, im Jagen 53, in der Nähe des Strandschlösses Wüggelsee, wurde ein ungefähr 40 Jahre alter Mann an einem Baume erhängt aufgefunden. Er trug einen blonden gefärbten Schnurrbart, hatte einen dunklen Anzug, einen kaffeebraunen Besorhut und schwarze Schnürstiefel an und trug einen Leibgurt, der aus einem Stieghügel geschnitten war. Unter dem linken Ohr hatte er eine 4 Zentimeter lange Narbe. Ferner trug er noch ein rechtsseitiges Bruchband. — Eine weibliche Leiche wurde heute früh an der Schleuse 9, der Mühlendamm-Schleuse, gefunden. Sie ist ungefähr 60 Jahre alt, 1,44 Meter groß, hat blondes, graumeliertes Haar und hatte auffallend nach oben gerichtete große Zähne. Bekleidet war sie mit einer grauen Jacke und einem dunkelblauen Rock. Sie trug ein weiß-blau gestreiftes Hemd, das mit Stempeln versehen war, die aber verwischt sind. Wahrscheinlich stammt die Aufgefundene aus irgendeinem Hospiz.

## Wanderfeste!

Am letzten Sonntag machten mehrere Gruppen des Touristenvereins „Die Naturfreunde“ ihre Lustzüge nach Gradowsee, wo sich die bekannte Lungenheilstätte befindet. Dem heiteren Treiben, das sich am Babelstrand entwickelte, sahen Tausende der Anstalt mit Vergnügen zu. Einige Wanderspieler spendeten auch den Kranken zu ihrem Nachmittagsessen eine Tafelmusik für die sie Beifall und Dank ernteten. An demselben Tage besuchten aber auch noch andere Jugendvereine den Gradowsee. Einige ihrer Mitglieder erlaubten sich ein so freizeithaltes Benehmen, daß sie bei den Patienten der Heilstätte große Entrüstung erregten. Als die meisten der Kranken sich in die Anstalt zurückbegeben hatten, wurde einer der noch Zurückbleibenden von ein paar Bengeln bedrängt. Des schwarztotgoldene Band, das sie in seinem Knopfloch haben, hatte es ihnen angehen. Sie verjuchten, ihm das Abzeichen der Reubilität zu entreißen, und einem der Frechen gelang das schließliche. Durch andere Patienten, die dazwischentraten, wurden weitere Täuschlichkeiten verhindert. Aber stolz über ihre gegen einen wehrlosen Kranken verübte Heldentat versprachen die Burschen, nächstens wiederkommen. Hoffentlich sorgt man dafür, daß sie gebührend empfangen werden.

Anstiegs- und Abgang der Freien Gewerkschaftsjugend und der JdA.-Jugend am Sonntag, den 21. September 1924, abends 7 Uhr, im Großen Saal des Herrenhauses, Eingang Leipziger Straße 4. Der bekannte Künstler Heinrich George vom Staatstheater wird Antikriegszeichnungen der Völker zum Vortrag bringen. Ferner Ansprache des Kollegen Jadel, Vorsitzender des Deutschen Textilarbeiterverbandes. Karten zum Preise von 0,40 M. sind zu haben in der freigewerkschaftlichen Jugendzentrale, Engelw. 24/25 I und im Jugendsekretariat des Zentralverbandes der Angestellten, Belle-Alliance Straße 7/10.

Großfeuer in einer Brauerei. Aus noch nicht geklärt Ursache brach heute morgen gegen 1/8 Uhr in einem der Bierbrauereierempel gehörenden großen Stallgebäude Müllerstr. 128B Großfeuer aus. Als der erste Zug an der Brandstelle erschien, stand das gesamte Gebäude in hellen Flammen. Das Vorgehen der Wehr wurde durch starke Qualmentwicklung sehr erschwert. Es wurde zwei Stunden lang aus vier Rohren unaufhörlich Wasser gegeben. Erst nach dieser Zeit gelang es, die Macht des Feuers zu brechen.

Quartier gesucht! Für einen parteigenössigen Beamten, der an einem Ferienort der Verwaltungsakademie Berlin in der Friedrich-Wilhelm-Universität teilnimmt, wird für die Zeit vom 20. Oktober bis 1. November ein Quartier bei einem Parteigenossen möglichst in der Nähe der Universität gesucht. Gefällige Angebote an die Beamtenzentrale beim Parteivorstand, SW. 68, Lindenstr. 3, erbeten.

Die Zahl der Toten bei dem Betriebsunfall auf Zechen Schleswig hat sich auf elf erhöht. Die Beerdigung der Verunglückten findet am Sonntag, den 21. d. M., in einem Massengrab statt.

Das Ende des Weltfluges. Die amerikanischen Weltflieger sind in Musokota angelangt. Der amerikanische Kriegsminister hat bekanntgegeben, daß er keinen Widerspruch erheben werde, wenn die Bemühungen der Leistung der Weltflieger ihnen bei der Ankunft am Endziel einen Lohp mit Gold schenken würden, um ihnen eine Entschädigung für ihre persönlichen Verluste und Ausgaben während des Fluges zukommen zu lassen.

## Parteinachrichten für Groß-Berlin

Eisenbahnen für diese Kultur! 2. Hof. 2. Trp. red. zu richten.  
4. Wk. Beute, Sonnabend, abend 7 1/2 Uhr, Funktionärsversammlung zur Erleuchtung der Angelegenheit bei Koch, Schillingstr. 30.  
Erntedankfest, Sonntag, den 21. September 1924, vormittags 10 Uhr, in Stadt-Gelehrtenhaus (Zuh. Nord), Anti-Kriegs- und Weltflieger. Die Parteigenossen von Eiser, Wilhelmshagen, Wahnberg, Nichtenau und Friedrichshagen werden ersucht, sich daran zu beteiligen. Der Vorstand der SPD, Eiser.

## Vorträge, Vereine und Versammlungen.

Reichsbanner „Schwarz-Rot-Gold“.  
Geschäftsstelle: Berlin S. 14, Schönlankstr. 67/68, Hof 2 Tr.  
Kameradschaft Lichtenberg mit Untergruppen und Kameradschaft Friedrichshagen, Sonntag, den 21. Sept., morgens 8.30, am ersten Rappentstraße, Reiners Festsaal. Pünktliches Erscheinen aller Mitglieder Pflicht.

## Wetter für morgen.

Wetter für Berlin und Umgegend. Zunehmende Bewölkung, nachher etwas Regen mit nur unbedeutender Abkühlung.  
Für Deutschland. Im größten Teile des Reiches Beschleierung des Wetters und vielfach leichte Niederschläge. Nur im Süden und Schlesien noch etwas besser.



